

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 7. Mai 2024  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

### **A 63 Anfrage Bossart Rolf und Mit. über den Bau eines ambulanten Operationssaals und Katheterlabors im alten Spital des Luzerner Kantonsspitals Sursee / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Rolf Bossart ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Rolf Bossart: Weshalb bin ich mit der Antwort des Regierungsrates nur teilweise zufrieden? Wahrscheinlich weil ich zu wenig Fragen gestellt habe. Einige Fragezeichen bleiben nämlich, vor allem im Hinblick auf die Finanzen. Bei den fachlichen Fragen wird mich mein Kollege unterstützen. Es erstaunt schon, mit welcher Leichtigkeit das Luzerner Kantonsspital (LUKS) in den vergangenen Wochen zahlreiche Investitionen in Projekte kommuniziert hat. So konnte man erfahren, dass der Neubau des Perinatalzentrums mit Frauenspital und Kinderspital nun plötzlich statt der geschätzten 170 bis 200 Millionen Franken 226 Millionen Franken kosten wird plus 32 Millionen für die Einrichtung. Dazu wird ein neues ambulantes Zentrum am Standort Luzern für 240 Millionen gebaut. Bis zum Jahr 2038 sind gesamthaft Investitionen von 1,7 Milliarden vorgesehen. Deshalb stellt sich schon die Frage, wie das zu finanzieren ist, denn der letzte kommunizierte Gewinn der LUKS-Gruppe betrug im Geschäftsjahr 2022 lediglich rund 2,3 Millionen Franken. Also allein der ambulante Operationssaal des LUKS Sursee vernichtet den gesamten Konzerngewinn von sechs Jahren. Das Geschäftsergebnis 2023 wird Mitte Mai kommuniziert. Wir sind auf jeden Fall darauf gespannt, wie dieses ausfallen wird.

Bernhard Steiner: Die Antwort der Regierung belegt klar, dass eine Erweiterung der ambulanten Operationskapazität im Raum Sursee mittelfristig sinnvoll ist, weil dort die Eingriffe überproportional steigen werden. Das ist einerseits, weil die Bevölkerung in der Region stark gewachsen ist, aber auch weil operative Eingriffe innerhalb der LUKS-Gruppe nach Sursee verschoben werden. Es ist sicherlich ein legitimes Anliegen, dass für die Luzerner Bevölkerung eine möglichst wohnortsnahe, stationäre und ambulante medizinische Versorgung gewährleistet werden kann. Dieses Anliegen gilt aber für alle Regionen im Kanton Luzern. Macht es Sinn, für sechs Jahre in eine temporäre ambulante Infrastruktur 15,9 Millionen Franken zu investieren, wenn diese wieder zurückgebaut und im neuen zukünftigen Spital in der Region Sursee wieder komplett neu erstellt werden muss? Wäre es nicht zielführender gewesen, diese Infrastruktur beispielsweise in den Bau von Wolhusen zu investieren und auch dort zu belassen? Vor allem in Anbetracht der Ausführungen zu Frage 8, dass der ambulante Bereich des LUKS in vielen Bereichen sowieso defizitär ist, macht ein temporärer Bau eigentlich gar keinen Sinn.

Sabine Heselhaus: Die medizinische Versorgungssicherheit sollte bei allen strukturellen Veränderungen und baulichen Massnahmen von medizinischen Einrichtungen im Vordergrund stehen. Dabei muss sich das Angebot dem Bedarf anpassen und flexibel bleiben. Ob sich dann Investitionen lohnen, hängt stark von den Tarifen ab. So steht es auch in der Antwort des Regierungsrates. Die Regierung zeigt auf, wie sie die Verantwortung für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung standortnah wahrnimmt und spezialisierte Eingriffe in die dafür ausgestatteten Zentren verlagert. Dabei macht sie deutlich, dass spezialisierte ambulante Eingriffe nicht unbedingt kostendeckend sind. Für die Grüne Fraktion sind damit die Fragen zufriedenstellend beantwortet. Zu hinterfragen wäre jedoch, welche Eingriffe ambulant durchgeführt werden sollten, wenn die meisten nicht kostendeckend sind und wenn die Patienten durch einen kurzen stationären Aufenthalt vielleicht nach einer Operation besser rehabilitiert entlassen werden könnten. Das würde nämlich dann, wenn sie zu früh entlassen werden, Folgekosten verursachen. Erstaunlich ist auch, dass es bis jetzt nicht zu Tarifabschlüssen gekommen ist, sodass sich die Bestrebungen für «ambulant vor stationär» auch wirtschaftlich abbilden.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Unser Rat und auch Ihr Rat bekennen sich klar zu den drei Spitalstandorten Luzern, Sursee und Wolhusen. Das hat einen Preis, darüber haben wir auch schon diskutiert, zuletzt gestern. Die Investitionen müssen dort erfolgen, wo auch der Bevölkerungszuwachs stattfindet. Diesbezüglich hat Sabine Heselhaus recht. In der Anfrage geht es um den Standort Sursee. In dieser Region haben wir ein grosses Bevölkerungswachstum und damit auch ein grosses Entwicklungspotenzial. Ich glaube, dass es richtig und wichtig ist, wenn das Ambulatorium während der Bauphase vor Ort gebaut wird. Unser Rat hat aber vollstes Verständnis für die eben geäusserten Bedenken in Bezug auf das Investitionsvolumen. 1,7 Milliarden Franken sind tatsächlich ein gewaltiger Betrag. Seitens der Regierung kann ich in Aussicht stellen, dass wir mit dem LUKS bereits in engem Kontakt stehen und dieses Investitionsvorhaben kritisch begleiten, aber Seite an Seite. Wir werden, wie ich es bereits in Aussicht gestellt habe, die zuständigen Kommissionen Ihres Rates zeitnah über die konkrete Investitionsplanung informieren. Als nächster Schritt kann nächste Woche der Jahresabschluss des LUKS zur Kenntnis genommen werden. Ich möchte dem aber nicht vorgreifen. Sabine Heselhaus hat etwas Wichtiges angesprochen, nämlich das Tarifumfeld. Das ist ein weiteres Spannungsfeld, in dem wir uns bewegen. Wir müssen einerseits mehr ambulantisieren, um den steigenden Gesundheitskosten entgegenzuwirken. Andererseits ist es so, dass die ambulanten Eingriffe vom Tarif her nicht kostendeckend sind. Diesbezüglich richte ich meine Hoffnung auf das Bundesparlament und das Projekt über die einheitliche Finanzierung aller ambulanten und stationären Leistungen der Krankenversicherung (EFAS). Das LUKS steht mit den Krankenversicherern bezüglich Tarifverhandlungen in Kontakt, aber hier braucht es einen Hebel auf Bundesebene.